

# Auswirkungen des Brexit auf die tschechische Politik gegenüber der Europäischen Union

ZDENĚK SYCHRA

MAI 2017

- Der Brexit bietet für die Tschechische Republik die einzigartige Gelegenheit zu einer gründlichen Reflexion über die künftige Ausrichtung der europäischen Integration. Er ermöglicht ihr, Prioritäten zu setzen, die sowohl den tschechischen Interessen wie auch den Veränderungen, welche die Europäische Union mit dem britischen Austritt durchläuft, gerecht werden. Zugleich erzeugt der Brexit Druck auf Tschechien, seine Interessen klar zu definieren und einzubringen, denn mit Großbritannien scheidet ein wichtiger ausgleichender Akteur aus.
- Eine Profilierung Tschechiens als wichtiger Verbündeter Deutschlands und zugleich als liberales Mitglied der Visegrád-Gruppe kann die Annäherung an den Integrationskern beschleunigen und seine Position innerhalb der EU insgesamt stärken. Unverzichtbare Voraussetzung dafür ist die Klärung seiner Haltung zu einer Mitgliedschaft in der Eurozone, mit der diese Faktoren untrennbar verbunden sind.
- Die tschechische Politik krankt an einem Graben zwischen ihren europäischen Interessen und der Einstellung seiner Bürger zur EU, der immer tiefer wird. Die Auswirkungen des Brexit verstärken diesen Trend noch und verweisen auf die (bislang) hypothetische Variante eines tschechischen EU-Austritts. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer wesentlich fundierteren und intensiveren Kommunikation über die europäische Politik.

## Inhalt

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>3</b>
<b>2. Der Brexit und Schwerpunkte der tschechischen Politik in der EU</b> .....	<b>4</b>
<b>3. Drei Szenarien für die Tschechische Republik nach dem Brexit</b> .....	<b>6</b>
Szenario 1: Stärkung der Bindungen an den europäischen Kern .....	6
Szenario 2: Stärkung der Beziehungen im Rahmen der Visegrád-Gruppe .....	11
Szenario 3: Austritt aus der Europäischen Union – Czexit .....	13
<b>4. Schlussfolgerung – wie weiter?</b> .....	<b>17</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>19</b>

## 1. Einleitung

In Großbritannien wurde am 23. Juni 2016 ein konsultatives Referendum über den Verbleib in der Europäischen Union durchgeführt. Die Briten entschieden dabei mit einem Stimmenverhältnis von 51,9 zu 48,1 Prozent für den Austritt aus der EU (sog. Brexit). Eine Volksabstimmung ist ein politisch grundlegender, gleichwohl formal nicht bindender Schritt. Zur Einleitung des eigentlichen Verfahrens nach den Regeln der Lissaboner Verträge ist deshalb eine offizielle Erklärung der britischen Regierung notwendig. Diese erfolgte am 29. März 2017, womit der eigentliche Austrittsprozess eröffnet wurde. Es war der Beginn einer zweijährigen Frist für die Aushandlung der Bedingungen und Verträge über den Austritt. Bereits zuvor hatte das britische Parlament diesen Schritt durch die Billigung eines Gesetzes über die Aktivierung des Artikels 50 der Europäischen Verträge unterstützt.<sup>1</sup> In der Zwischenzeit hat Großbritannien den sog. „harten Brexit“ angekündigt, der den tatsächlichen Austritt ohne die Aufrechterhaltung enger formaler Bindungen zur EU bedeutet.<sup>2</sup>

Der Brexit ist ein außergewöhnliches Phänomen, das in bedeutender Weise das Szenario der weiteren Entwicklung der EU beeinflusst. Er wird Auswirkungen haben auf ihre Funktionsweise, auf den Prozess der weiteren Vertiefung der europäischen Integration und auf die (Neu-)Positionierung der einzelnen Mitgliedsstaaten untereinander. All dies vor dem Hintergrund einer Reihe krisenhafter Faktoren, denen sich die EU in den letzten Jahren stellen musste: dem Nachhall der Eurokrise, der Flüchtlings- und Migrationskrise, der Konfrontation mit Russland, der Ausbreitung euroskeptischer Tendenzen. Sie alle verstärken die künftigen Effekte und die Bedeutung dieses Schrittes für die Union und ihre Mitglieder. Durch

den Brexit kommt es zu einer grundlegenden Veränderung des Gleichgewichts in der EU. Die Union verliert einen starken politischen Akteur, die zweitstärkste Wirtschaftsmacht und den zweitgrößten Nettozahler in den Haushalt.<sup>3</sup> Tschechien verliert mit dem Rückzug Großbritanniens einen Verbündeten in einer Reihe von Fragen, vor allem in der Betonung eines funktionierenden und liberalisierten Binnenmarktes und in der Haltung gegenüber dem Euroraum. Als Nettoempfänger betrifft der Wegfall des britischen Beitrags zum EU-Haushalt, den der Brexit nach sich zieht, Tschechien in besonderem Maße.

Auch wenn die EU als Ganze über den Austritt Großbritanniens verhandelt, haben die Mitgliedsstaaten in diesem Prozess eine starke Position. Und zwar im Hinblick auf das Austrittsverfahren, das die zwischenstaatliche Ebene betont, verbunden mit der Schlüsselrolle des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Union bei den Verhandlungen (ähnlich wie beim EU-Beitrittsverfahren).<sup>4</sup> Die Mitgliedsstaaten bereiten das Verhandlungsmandat vor und steuern den gesamten Prozess. Obwohl für die Mitgliedsstaaten ein einheitliches Vorgehen und eine Bündelung der Interessen notwendig sind, werden sich die Auswirkungen des Brexit für die einzelnen Staaten freilich unterscheiden. Ihre Interessen sind zwar im Allgemeinen ähnlich, aber nicht homogen. Sie sind bedingt durch die spezifischen geopolitischen Positionen und individuellen Verbindungen zu Großbritannien. Neben der geopolitischen Ausgangslage sind die Folgen auch abhängig von der europapolitischen Einstellung des jeweiligen Mitgliedsstaates, der Art und Weise seines Agierens und seiner Etablierung innerhalb der europäischen Strukturen und dem Grad seiner Einbindung in die europäische Agenda und die einzelnen Politikfelder der EU. Für eine

1. Das britische Parlament hat erst nach einer Grundsatzentscheidung des obersten britischen Gerichts über die Auslösung des Brexit entschieden. Dieses stellte in seinem Urteil fest, dass die Regierung vor der formellen Eröffnung der Verhandlungen über den Austritt aus der EU die Zustimmung des Parlaments einholen müsse. Die Zustimmung der autonomen Parlamente (in Schottland, Wales und Nordirland) sei hingegen nicht notwendig. (The Supreme Court 2017)

2. Die wesentliche Trennlinie zwischen einem weichen und einem harten Brexit ist die (partielle) Teilnahme am EU-Binnenmarkt.

3. Großbritannien gehört zur Gruppe der vier Mitgliedsstaaten, deren individueller Anteil am Haushalt der EU mehr als 10 Prozent beträgt. (vgl. CBS 2016)

4. Unterschiede finden sich vor allem im Abstimmungsmodus. Während beim Beitritt neuer Mitgliedsstaaten der Rat über alle Schritte einstimmig entscheidet, ist beim Austrittsverfahren für die abschließende Abstimmung eine qualifizierte Mehrheit erforderlich (unter Ausschluss der Stimme des austretenden Staates). Dagegen wird bei der Abstimmung über eine Verlängerung der festgesetzten Zweijahresfrist, innerhalb derer beide Seiten die Verhandlungen abzuschließen haben, im Europäischen Rat Einstimmigkeit verlangt. (vgl. Art. 49 a 50 EU-Verträge).

Reihe von Staaten – einschließlich der Tschechischen Republik – bedeutet der Brexit die Notwendigkeit, ihre EU-Strategie neu zu formulieren und sie in ihre europäische Politik und die Diskussion über die Zukunft der EU einzubringen. Tschechien muss sich auf diese Weise den neuen politischen Rahmenbedingungen anpassen, die der britische Austritt mit sich bringt, weil dieser Schritt die Möglichkeiten und Perspektiven im Rahmen der europäischen Integration beeinflusst.

Ziel dieses Textes ist, darüber nachzudenken, welche Auswirkungen der Brexit auf den zukünftigen Zugang der Tschechischen Republik zur Europäischen Union haben kann und welche konkreten Folgen sich für die tschechische Politik aus dieser Veränderung ergeben. Im Hinblick darauf, dass es sich um Prognosen für künftige Entwicklungen handelt, werden diese Auswirkungen in Form von Szenarien dargelegt. Methodisch gehen sie vom allgemein verbreiteten Ansatz über die Erstellung politischer Szenarien aus.<sup>5</sup> Vor dem Hintergrund des heutigen Trends politischer Vorhersagen sind die Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung, und seien sie noch so unwahrscheinlich, dabei uneingeschränkt. Aufgezeigt werden drei grundlegende Varianten über die Rolle Tschechiens in der EU, die konkrete Vorstellungen entwickeln, wohin sich die tschechische Politik in der Union bewegen könnte. Die einzelnen Szenarien müssen sich nicht notwendigerweise gegenseitig ausschließen. Zudem handelt es sich keineswegs um eine erschöpfende Darstellung möglicher künftiger Modelle der Zusammenarbeit. Auf praktischer Ebene knüpft dieser Ansatz an das entsprechende supranationale Format des Weißbuchs an, in dem die Europäische Kommission im März 2017 ein breiteres Szenario für die künftige Entwicklung der EU vorgestellt hat.<sup>6</sup> Während die Szenarien die möglichen Varianten des tschechischen Ver-

hältnisses zur EU entwickeln und ihre Vor- und Nachteile beschreiben, ist der abschließende Teil normativer konzipiert und enthält Empfehlungen, welches Szenario für Tschechien am vorteilhaftesten erscheint.

Allgemeines Ziel dieser Studie ist es, zu einer gründlichen Reflexion über die künftige Position der Tschechischen Republik in der EU beizutragen und so auf die Veränderungen vorzubereiten, die der EU als Folge des Brexit bevorstehen. Dies kann dazu beitragen, den Diskussionen über die tschechische Außenpolitik und über Möglichkeiten des tschechischen Agierens in der EU einen größeren Raum zu verschaffen.

## 2. Der Brexit und Schwerpunkte der tschechischen Politik in der EU

Die Mitgliedschaft wie auch eine aktive Rolle in der EU sind langfristige Prioritäten der tschechischen Politik. Aus allen Schlüsseldokumenten der tschechischen Regierung geht hervor, dass sie den „grundlegenden Rahmen für die Umsetzung der tschechischen Außenpolitik“<sup>7</sup> bilden. Partielle Akzente der tschechischen Einflussnahme in der EU verändern sich im Verlauf von Wahlen und Regierungswechseln kontinuierlich. Im Anschluss an die Grundsatzerklärung der Regierung erfolgt jeweils die Ausarbeitung einer neuen EU-Strategie. Ein Schlüsseldokument ist in diesem Zusammenhang die im Jahr 2015 vorgestellte Gesamtkonzeption der tschechischen EU-Politik, die Schwerpunkte der tschechischen Haltung zur Union definiert. Nach dieser Konzeption ist die Bindung an die EU Schwerpunkt und Grundsatzrahmen für die Entwicklung und ideologische Positionierung der Tschechischen Republik. Dieses starke Bekenntnis zum europäischen Integrationsprojekt definiert schließlich zwei strategische Interessen, die den Rahmen für eine Reihe konkreter Prioritäten bilden. Das erste dieser Interessen lautet „Vollmitgliedschaft“, das zweite „eine geschlossene EU“.<sup>8</sup>

5. Diese Studie wird diese Ansätze nicht weiter ausführen, verwendet aber ihre Konzepte, vor allem die Methode für mehrere Szenarien. Es geht hauptsächlich um Glenn, Gordon (2009) sowie Bernstein et al. (2000). In der tschechischen Forschung widmet sich namentlich Ondřej Ditrych (Ditrych 2012) politischen Szenarien.

6. Das Weißbuch trägt den offiziellen Titel „Wege der Einigkeit für eine EU mit 27 Mitgliedern“. Die Kommission stellt darin fünf verschiedene Varianten von möglichen Zukunftsszenarien über die weitere Integration bis zum Jahr 2025 vor. Näheres Europäische Kommission (2017).

7. Außenministerium der Tschechischen Republik (2015).

8. Regierung der Tschechischen Republik (2015).

Als notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung des ersten Interesses – ein vollwertiges Mitglied der EU zu werden – hat die Tschechische Republik den Beitritt zur Eurozone definiert; die Vorbereitung dieses Schrittes zählt zu den tschechischen Prioritäten. Die Realisierung des zweiten Interesses stützt sich auf „die Erhaltung der Einheit der Europäischen Union allen zentrifugalen Interessen zum Trotz“. Gleichzeitig begreift Tschechien die Notwendigkeit einer weiteren Integration der Eurozone für die wirtschaftliche Entwicklung der EU. Es ist offensichtlich, dass beide Interessen heute sowohl mit den Integrationsproblemen der letzten Jahre wie auch mit der immer häufiger diskutierten und teilweise bereits vollzogenen Differenzierung der EU kollidieren. Im Kontext dieser (noch vor dem britischen Referendum gesetzten) Prioritäten stellt der Brexit mithin eine Bedrohung der tschechischen Interessen dar – vor allem deren Zusammenhang mit den Auswirkungen des britischen Austritts, der die Verhältnisse, in denen sich die EU bewegt, grundsätzlich verändert. Mit Blick darauf, dass die britische Regierung als primäre Strategie auf den sog. „harten Brexit“ setzt,<sup>9</sup> dürften diese Auswirkungen bedeutend tiefgreifender sein, als bei der Anwendung eines Modells mit einer gewissen Präferenz zur Integration.

Die Debatte über den Brexit ist in Tschechien bereits vor der formellen Austrittserklärung der Briten in Gang gekommen. Sie drehte sich in erster Linie um die Definition der tschechischen Interessen und Prioritäten. Die tschechische Regierung bildete kurz nach dem britischen Referendum eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem britischen EU-Austritt und mit Fragen zur zukünftigen Ausrichtung der EU beschäftigen soll. Die Arbeitsgruppe konstituierte sich unter dem Vorsitz des Staatssekretärs für Europaangelegenheiten am 27. Juni 2016 und besteht aus Vertretern verschiedener Ministerien sowie von Wirtschafts- und Sozialpartnern. Ihre Aufgabe ist die Formulierung der tschechischen Kerninteressen wie auch eine Analyse der Brexit-Auswirkungen, um auf diese Weise zur Bildung einer nationalen Position beizutragen. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe werden nicht nur der Regierung vorgelegt, sondern auch allen

im Parlament vertretenen politischen Parteien, die ebenfalls zur Teilnahme an der Debatte eingeladen sind. Das Arbeitsfeld der Gruppe ist vielschichtig und richtet sich auf Teilbereiche aus folgenden Themengebieten: rechtliche Aspekte, makro- und mikroökonomische Auswirkungen, wirtschaftliche Chancen, die Neuordnung der EU-Beziehungen zu Großbritannien und die künftige Ausrichtung der EU.<sup>10</sup> Es ist mithin offensichtlich, dass die Gruppe nicht allein den Brexit erörtern, sondern auch die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung innerhalb der EU analysieren soll – eine Voraussetzung zur Definition der politischen Linie, die Tschechien in der EU durchsetzen will.

Die Prioritäten, die durch Grundsatzserklärungen der Vorsitzenden der wichtigsten im Parlament vertretenen Parteien formuliert wurden,<sup>11</sup> stecken die Kernthemen zur Durchsetzung der nationalen tschechischen Position in den Verhandlungen ab. Es handelt sich um den Erhalt der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen, die Betonung von Freihandel und Binnenmarkt (Erhaltung des freien Verkehrs von Waren und Dienstleistungen), die Gewährleistung der Rechte von in Großbritannien lebenden tschechischen Bürgern, die Zusammenarbeit in den Bereichen innere und äußere Sicherheit und um Haushaltsfragen.<sup>12</sup> Diese Ziele sind nicht sehr überraschend. Sie spiegeln weitgehend die Teilprioritäten, welche die tschechische Regierung im erwähnten Konzept zur EU-Politik der Tschechischen Republik vorgelegt hat.<sup>13</sup> Die Regierung wird sie im Rahmen der Suche nach einer gemeinsamen Position innerhalb der EU und später bei den eigentlichen Verhandlungen der EU mit den Briten einbringen. Wie die rechtliche Analyse des Brexit, die im Auftrag des tschechischen Außenministeriums erstellt wurde,<sup>14</sup> zu Recht feststellt, kann Tschechien seine Prioritäten (sog.

9. Maurice (2017b).

10. Regierung der Tschechischen Republik (2016).

11. ČSSD, ANO 2011, KSČM, TOP 09, ODS, KDU-ČSL, Úsvit – Národní Koalice.

12. Regierung der Tschechischen Republik (2017).

13. Zu diesen Prioritäten gehört (1) eine handlungsfähige Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, (2) die Vertiefung des Binnenmarktes der EU, (3) die effektive Inanspruchnahme der europäischen Struktur- und Investitionsfonds, (4) ein gemeinsames Vorgehen gegen Steuerflucht, (5) die Vorbereitung auf den Beitritt zur Eurozone. (Regierung der Tschechischen Republik 2015).

14. Außenministerium der Tschechischen Republik (2016).

rote Linien) vor allem im Zeitraum direkt nach der britischen Notifikation (Aktivierung des Art. 50) justieren, und zwar während der Suche nach einem Konsens im Europäischen Rat, der die grundlegenden Direktiven (Verhandlungsmandat) der Union definiert. In den folgenden Phasen des Austrittsverfahrens muss sich Tschechien in der EU für seine Interessen bereits Verbündete suchen, denn der weitere Verlauf und schließlich auch der Abschluss der Verträge sind an eine qualifizierte Mehrheit im Rat geknüpft. Es ist davon auszugehen, dass die erwähnten Verhandlungsprioritäten zusammen mit den strategischen Interessen der Tschechischen Republik auch grundlegend für die tschechische Position zur künftigen Ausrichtung der EU sein werden.

### 3. Drei Szenarien für die Tschechische Republik nach dem Brexit

Mit dem Wissen um die strategischen Positionen der Tschechischen Republik, die ihre Grundsatzen bestimmen, ist es möglich, sich den denkbaren Varianten des tschechischen Verhältnisses zur EU nach dem Brexit zuzuwenden. Diese Studie bietet drei breiter ausgearbeitete Szenarien mit unterschiedlichen Zukunftsperspektiven an. Abschließend werden sie durch eine Empfehlung ergänzt, welchem Szenario Tschechien folgen sollte. Die Szenarien werden entsprechend ihrer Wahrscheinlichkeit aufgelistet. Die beiden ersten sind wahrscheinlich, das dritte deutlich weniger, hätte dafür jedoch bedeutsame und tiefgreifende Auswirkungen.<sup>15</sup>

Während der Analyse der Szenarien müssen die entscheidenden Triebkräfte und Indikatoren (sog. Drivers), die sie beeinflussen, beachtet werden. Es gibt davon eine ganze Reihe: Einerseits handelt es sich um innere Faktoren wie Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen in wichtigen Mitgliedsstaaten wie auch in Tschechien, um die weitere Verstärkung euroskeptischer Bewegungen oder eine Verschiebung der öffentlichen Meinung, andererseits um äußere Faktoren wie die Weltsicher-

heitslage beziehungsweise weitere Migrationswellen oder tiefere ökonomische Krisen. Während der Eintritt einiger Faktoren mit mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, sind andere nur in sehr in geringem Maße vorhersagbar und können unerwartet eintreten. Letztlich war es für die meisten wichtigen Ereignisse, die Europa in den letzten Jahren betroffen haben, charakteristisch, dass sie zufällig oder überraschend passierten. Dazu zählte neben der russischen Aggression gegen die Ukraine und der Migrationskrise auch der Brexit selbst.<sup>16</sup> Zu beachten ist auch die durch die erwähnten Ereignisse verstärkte, deutliche Legitimationskrise der EU, die sich auf die Mitgliedsstaaten auswirkt und auch in der tschechischen Politik und öffentlichen Meinung wahrnehmbar ist. Auf europäischer Ebene wird sie befördert durch die wenig prononcierte Reaktion der Union auf grundlegende Herausforderungen und Ereignisse, die Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten, die fehlende Aufarbeitung der Globalisierungsfolgen und eine allgemeine Unklarheit der europäischen Politik. Im tschechischen Kontext zeigt sich die Legitimationskrise im kritischen Blick von Teilen der politischen Eliten auf die EU und manche ihrer Aktivitäten, der mit einem sich vertiefenden Euroskeptizismus der tschechischen Öffentlichkeit einhergeht. Dazu trägt auch die relativ komfortable Stellung Tschechiens als Akteur bei, der nicht in alle Bereiche der Integration involviert (Eurozone) und dank seiner geographischen Lage in Mitteleuropa nur wenig von aktuellen Problemen betroffen ist (Migrationskrise).

Szenario 1: Stärkung der Bindungen an den europäischen Kern

Tschechische Regierungen, wie auch immer sie politisch zusammengesetzt waren, haben stets erklärt, das wichtigste nationale Anliegen sei der Zusammenhalt und die Einheit der EU. Im gleichen Atemzug erklärten sie, im Falle zunehmender Heterogenität würde Tschechien anstreben, in ihren

15. Es handelt sich um den sog. „Schwarzen Schwan“ – ein Szenario mit geringer Wahrscheinlichkeit, aber tiefgreifenden Auswirkungen.

16. Ein gutes Beispiel ist etwa der Vergleich der Wirtschaftskrise und eines griechischen Austritts aus der Eurozone (sehr wahrscheinlich, nicht realisiert) mit dem Brexit (unwahrscheinlich, eingetreten). Vertieft widmen sich Dityrych et al. (2016) in ihren Szenarien zur Entwicklung des internationalen Sicherheitsumfelds diesem Phänomen.

Aktivitäten dem Kern der Union so nahe wie möglich zu sein, um nicht an den Rand gedrängt zu werden. Indirekt bedeutet das, dass ein Europa mehrerer Geschwindigkeiten nicht im tschechischen Interesse liegt. Wenn es Tschechien aber nicht gelänge, dieses zu verhindern, würde es sich entschieden auf die Seite der sich schneller integrierenden Länder schlagen.<sup>17</sup> Aus dieser grundlegenden Prämisse ist abzuleiten, dass Tschechien nach dem Brexit vor allem unter den Staaten Verbündete suchen wird, die naturgemäß und faktisch diesen Kern bilden. Im weiteren Sinne handelt es sich um die „alten“ Mitgliedsstaaten, die heute als entscheidendes Integrationselement die Eurozone bilden (EU-12), im engeren Sinn schließlich um das ursprüngliche Zentrum der europäischen Integration: Frankreich, Deutschland, die Benelux-Staaten und Italien. Geopolitisch enger gefasst geht es dann um die direkten Nachbarn Deutschland und Österreich, also um Länder, die in den außenpolitischen Konzeptionen Tschechiens neben den Staaten der Visegrád-Gruppe die engsten Partner darstellen.

Ein Argument gegen eine solche Zusammenarbeit kann aus tschechischer Sicht die Dominanz der großen Staaten sein – in erster Linie Deutschland als neue Führungsmacht der Union. Deutschland hat seine politische Stellung nicht nur klar gestärkt; wegen der Schwäche Frankreichs<sup>18</sup> und dem Ausscheiden der Briten ist es auch tatsächlich das einzige Land, das eine Führungsrolle spielen kann. Lassen wir jetzt beiseite, inwieweit Deutschland auf diese Rolle vorbereitet ist und ob es tatsächlich gewillt ist, diese anzunehmen. Im Kontext der tschechischen Interessen ist die deutsche Führung von Vorteil. Deutschland ist nicht nur wegen seiner mächtigen Position in der EU der wichtigste Partner, sondern auch infolge der räumlichen Nähe und der Intensität der bilateralen tschechisch-deutschen Beziehungen auf wirtschaftlicher Ebene. Zudem hat die deutsche Politik in der EU die mitteleuropäischen Interes-

sen stets stark betont. Aus dieser Perspektive ist es für die Tschechische Republik besser, wenn Deutschland die Union anführt, als – hypothetisch – Frankreich, der zweite starke Akteur. Auch für den Fall, dass Tschechien mit Deutschland in einigen Themen nicht übereinstimmt, was natürlich zu erwarten ist, besteht die Möglichkeit, unter einer Reihe von anderen kleineren Staaten aus dem Integrationskern Verbündete zu suchen und mit ihnen Ad-hoc-Koalitionen zu bilden.

Tschechien kann zudem darauf setzen, dass es der einzige Staat der Visegrád-Gruppe ist, der bislang keinerlei erkennbare Neigung zu einer illiberalen Demokratie aufweist, und auch keine Tendenz dazu erkennen lässt, wie sie bei den nationalkonservativen Regierungen in Ungarn und Polen offensichtlich sind. In dieser Hinsicht sind die Staaten Kerneuropas nicht nur für Tschechien attraktiv, sondern umgekehrt Tschechien auch für diese. Eine engere Bindung an Westeuropa wird mithin nicht gleichzeitig den Abbruch der bestehenden mitteleuropäischen Bindungen bedeuten, sondern könnte vielmehr eine Ergänzung sein. Die Visegrád-Gruppe ist ein flexibles Gebilde, wie auch der Beitritt der Slowakei zur Eurozone belegt. Sie hat bereits sehr turbulente Situationen und Ereignisse überstanden: Das Votum für obligatorische Flüchtlingsquoten (September 2015), das Polen trotz anfänglichen Widerstandes unterstützte, oder die umgekehrte Situation bei der Wiederwahl Donald Tusks zum Präsidenten des Europäischen Rates (März 2017), als Polen mit seinem Widerstand vollkommen isoliert blieb. Die Flexibilität und die begrenzte Solidarität von Visegrád ist vor diesem Hintergrund ein Argument dafür, dass die Annäherung an Kerneuropa nicht nur eine pragmatische, sondern vom Standpunkt der tschechischen Interessen auch eine vernünftige Entscheidung ist.

Ein wesentliches Hindernis für diese Annäherung ist jedoch Tschechiens Nichtzugehörigkeit zur Eurozone. Auf faktischer Ebene bildet die Eurozone bereits heute den Integrationskern. Auch die tschechische Regierung ist sich dessen bewusst, wenn sie diesen Faktor mit Blick auf eine Vollmitgliedschaft als Defizit erkennt. Es ist also kein Zufall, dass alle Mitglieder eines potentiellen Kerns

17. Gemeint ist eine Integration über den Rahmen des bereits heute existierenden Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten hinaus, wie wir sie in einer Reihe von Bereichen beobachten: gemeinsame Währung, Schengenraum, Asyl- und Migrationspolitik und weitere.

18. Schwache Präsidentschaft F. Hollands, Wirtschaftsprobleme und Rückstand gegenüber Deutschland, spürbare Stärkung euroskeptischer Kräfte (Front National).



der Eurozone angehören. Während der Finanzkrise hat sich sehr deutlich gezeigt, dass die Eurozone einen zentralen Integrationsfaktor darstellt, dessen Zerfall sich niemand wünscht. Im Gegenteil, er bedarf der Stärkung und weiteren Entwicklung. Die Eurozone ist zum zentralen Projekt geworden, in dessen Umfeld sich die weitere Integration in enger Verbindung mit der übrigen Wirtschaftspolitik abspielen wird.<sup>19</sup> Diese Integration wird die Mitgliedsländer der EU naturgemäß danach differenzieren, ob sie sich der Eurozone anschließen oder nicht. Bereits heute ist jedoch klar, dass einige EU-Länder der Eurozone in absehbarer Zeit nicht beitreten werden – wenn überhaupt. Größere Mitglieder der Eurozone – Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien – sprechen nach dem Brexit offen darüber, dass sie ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten befürworten, wenn es zu keiner weiteren Verständigung kommt.<sup>20</sup> Als Folge von Finanzkrise und Brexit hat sich die politische Atmosphäre mithin deutlich verändert. Zuvor war eine offene Diskussion über eine heterogene EU lediglich eine mehr oder weniger akademische Übung, obwohl sie in verschiedenen Bereichen lauter wurde und obwohl das Phänomen der sog. verstärkten Zusammenarbeit bereits existierte. In der heutigen Situation wird eine solche Diskussion indessen praktisch als unerlässlich angesehen.<sup>21</sup> Und dies nicht nur, weil einige politische Vorhaben dann effizienter durchgesetzt werden könnten, sondern auch im Blick auf die starken Zentrifugalkräfte in einigen Mitgliedsstaaten und divergierende Meinungen über die Vertiefung der europäischen Integration. Auch wenn es theoretisch gelingen könnte, in allen Themenbereichen gemeinsam voranzukommen, wird die Eurozone immer ein eigenständiger Akteur innerhalb der EU bleiben – mit eigenen Interessen, die mit denjenigen der anderen Staaten nicht unbedingt deckungsgleich sein müssen.

Für die Tschechische Republik ergibt sich daraus ein grundlegendes Dilemma. Einerseits möchte sie zum Kern der EU gehören, einem Kern, der sich aber logischerweise rund um die Eurozone

konzentriert. Andererseits hat Tschechien die Einführung des Euro auf unbestimmte Zeit verschoben, obwohl das Land im Blick auf die fiskalischen Kriterien wesentlich besser dasteht als eine Reihe gegenwärtiger Mitglieder der Währungsunion. Außerdem bestehen enge geschäftliche Verbindungen, Eigentumsverflechtungen und eine zyklische Orientierung der tschechischen Wirtschaft an der Eurozone.<sup>22</sup> Dieses wirtschaftliche Argument zeigt einen deutlichen Unterschied zwischen der britischen und der tschechischen Situation im Verhältnis zum Euro, der überraschenderweise selten betont wird, obwohl die tschechische Position häufig mit der britischen verglichen wird. Nicht allein wegen der Nichtteilnahme an der Eurozone, sondern auch wegen einer allgemein reservierteren Haltung zu einigen Schritten der Integration und einer skeptischeren öffentlichen Meinung. Aber auch aus politischer Perspektive finden wir hier einen signifikanten Unterschied. Für die Briten gilt in diesem Bereich eine Ausnahme (opt-out), während Tschechien mit dem EU-Beitritt eine formelle Verpflichtung eingegangen ist und „lediglich“ auf den richtigen Zeitpunkt zur Euroeinführung wartet. In dieser Hinsicht ist die öffentliche Meinung – eines der Hauptargumente für die Verschiebung des Beitritts – für Tschechien viel weniger bindend, weil sie nicht auf weitere verfassungsmäßige Hürden wie etwa die Ausrufung eines Referendums stößt.

Die Integration Tschechiens in die Eurozone und die Orientierung am Integrationskern hat noch eine strategische Dimension. Durch die Initiierung des Brexit ist eine mit Großbritannien ausgehandelte Vereinbarung hinfällig, die eine genauere Definition und engere Regulierung der Beziehung zwischen der Eurozone und dem Rest der Union vorsah.<sup>23</sup> Auf diese Vereinbarungen kann Tschechien nicht weiter zählen. Wenngleich nicht ausgeschlossen ist, dass sie auf EU-Ebene irgend-

19. Vgl. Europäische Kommission (2015a).

20. Zalan (2017).

21. Maurice (2017a).

22. Konkret geht es um annähernd 65 % der tschechischen Exporte und 60 % der Importe (2016). Der einzige Unterschied zur Eurozone besteht in der schwächeren strukturellen Ausrichtung der tschechischen Wirtschaft aufgrund eines höheren Industrieanteils im Verhältnis zum Dienstleistungssektor. In einer ähnlichen Situation ist aber zum Beispiel die Slowakei als Mitglied der Eurozone. Vgl. Finanzministerium der Tschechischen Republik, Tschechische Nationalbank (2016).

23. Europäischer Rat (2016b: 12-14, 25-28).



wann durchgesetzt werden,<sup>24</sup> gerät Tschechien durch den Brexit in eine politisch ungünstige Lage. Ohne Großbritannien ist die Gruppe der Nicht-Euro-Länder geschwächt und verliert den einzigen starken Akteur, der energisch für ihre Interessen eingetreten ist. Die Eurozone verfügt auch über eine komfortable qualifizierte Mehrheit im Rat, was ihre Bedeutung weiter stärkt, besonders im Blick auf die Durchsetzung eigener Interessen in der EU. Solange Tschechien den Euro nicht einführt, kann es zwar in vielen Bereichen mit dem Kern zusammenarbeiten (und sich später jederzeit anschließen), wird aber niemals dazugehören. Diskussionen und Entscheidungen über die Ausrichtung der Eurozone werden sich innerhalb dieser Gruppe abspielen, niemals außerhalb. Außerhalb ihrer Strukturen wird Tschechiens Einfluss auf die Integration und Ausrichtung nur sehr begrenzt sein, obwohl die Vorgänge in der Eurozone mit Blick auf die oben erwähnten Argumente erhebliche Auswirkungen auf das Land haben.

Die Nichtzugehörigkeit zur Eurozone hat auch erhebliche innenpolitische Konsequenzen. Aus Unentschlossenheit über die Euro-Einführung war die proeuropäische Regierung von Bohuslav Sobotka nicht fähig, die Ratifizierung des sog. Fiskalpakts im tschechischen Parlament durchzusetzen. Diese scheiterte an der Forderung der Regierung, sich lediglich einigen Artikeln des Vertrages anzuschließen, während ein Teil der Opposition<sup>25</sup> die komplette Ratifizierung verlangte. Ein weiteres Beispiel ist die Kontroverse über das Vorgehen der Tschechischen Nationalbank, die auf dem Devisenmarkt intervenierte, um eine Stärkung der tschechischen Währung abzuwenden.<sup>26</sup> Während eine starke Krone und eine niedrige Inflation früher als Vorteil für die Verbesserung der Konvergenz innerhalb der EU galten, wurde in der Folge eine Schwächung der Krone zum Ziel, um die Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Wirtschaft zu verbessern. Ungeachtet dieser Schritte ist im Unternehmenssektor eine wachsende Tendenz zur Verwendung des Euro zu verzeichnen,

24. Näheres bei Kruliš (2016).

25. Die proeuropäisch orientierte TOP 09, deren Stimmen erforderlich waren, um das notwendige Quorum zu erreichen.

26. Tschechische Nationalbank (undatiert).

um sich vorbeugend gegen Wechselkursschwankungen abzusichern.

Die starke Abneigung der tschechischen Öffentlichkeit gegen die Einführung des Euro, korrespondierend mit einer deutlichen Euroskepsis gegenüber der EU im Allgemeinen,<sup>27</sup> stellt natürlich ein politisches Problem dar. Dieses erweist sich als Haupthindernis für einen Sinneswandel der tschechischen politischen Eliten. Allerdings ist es vielschichtiger, als es häufig dargestellt wird. In einer Situation, in der in Tschechien keine öffentliche Diskussion über die Vor- und Nachteile eines Beitritts stattfindet und auch nicht befördert wird – eher im Gegenteil – ist eine Umkehr oder wesentliche Veränderung in der öffentlichen Meinung nicht zu erwarten.<sup>28</sup> Ohne die aktive Führung einer solchen Diskussion kann nicht ermittelt werden, ob die öffentliche Ablehnung auf Unkenntnis oder mangelnde Information zurückzuführen ist oder andere, strukturell bedeutendere Ursachen hat. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Diskrepanz zwischen der öffentlichen Meinung, Tschechien sei auf den Schritt der Euroeinführung nicht vorbereitet<sup>29</sup> und den tatsächlichen wirtschaftlichen Daten. Einige Umfragen belegen aber auch, dass die Skepsis nicht so eindeutig ist, wie dies auf den ersten Blick erscheinen mag (siehe Grafik 1). Bei strukturierterer Befragung erweist sich zum Beispiel, dass der Euro im Vergleich zur Krone als die vertrauenswürdigeren Währung wahrgenommen wird (33 versus 21 Prozent).<sup>30</sup> Diese Nichtübereinstimmung lässt Potential für den Anstoß einer echten Diskussion über die strategischen tschechischen Interessen in der EU erkennen. Sie könnte auch ohne eine konkrete Verpflichtung zur Einführung des Euro geführt werden, zumal es sich um eines der vorrangigen Themen der EU-Agenda handelt, an denen die Tschechen interessiert sind.

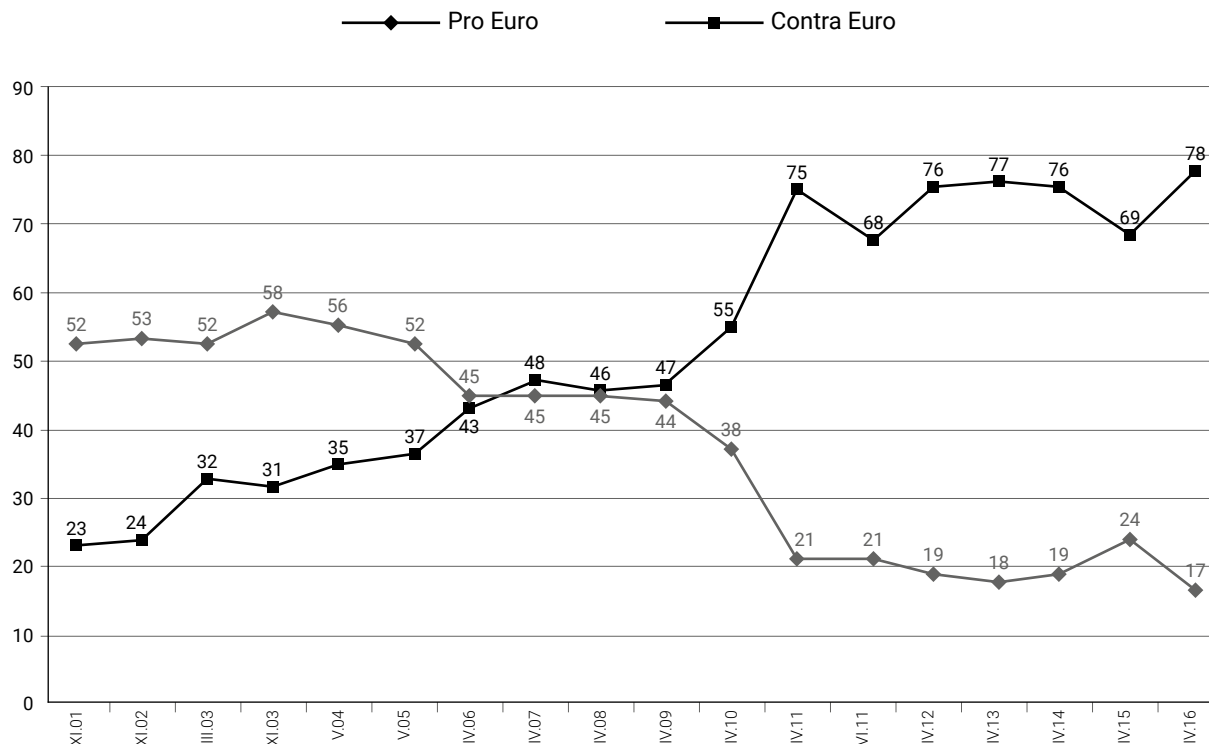
27. Für eine detaillierte soziologische Untersuchung vgl. Němečký (2016).

28. Bisher hat nicht einmal eine Diskussion über den Eintritt der Krone in den europäischen Wechselkursmechanismus stattgefunden (ERM 2) – die zweijährige Teilnahme daran ist Voraussetzung für die Einführung des Euro.

29. Europäische Kommission (2015b: 16).

30. Ipsos (2017).

Grafik 1: Unterstützung der Euro-Einführung in der Tschechischen Republik



Der Graph „Pro Euro“ erfasst die Summe der Antworten „entschieden dafür“ und „eher dafür“. Der Graph „contra Euro“ erfasst die Summe der Antworten „entschieden dagegen“ und „eher dagegen“. Die für 100 % fehlenden Antworten lauten „weiß nicht“.

Quelle: Zentrum für Meinungsforschung 2016.

Im Zusammenhang mit der öffentlichen Meinung muss auch die Transformation der Eurozone erwähnt werden, die die Union in Reaktion auf die Finanzkrise durchlaufen hat. Ihre Auswirkungen schwingen im tschechischen Verhältnis zum Euro signifikant mit. Als wesentliches ideologisches Argument führen die tschechischen politischen Eliten oft die neuen finanziellen Verpflichtungen gegenüber betroffenen Ländern an, zu denen nach der Einführung des Euro auch die Tschechische Republik beitragen müsste. Schon seltener ist zu hören, dass derartige Hilfen strikt an eine Bedingung gebunden sind: die Durchführung umfangreicher fiskalischer und struktureller Reformen. Mit der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung in der Eurozone ist auch eine Erweiterung der politischen Verpflichtungen verbunden, die auf einem stärkeren Einfluss der supranationalen Ebene auf die heimische Wirtschaftspolitik beruht. Die neu einge-

führten Instrumente bringen jedoch außer diesen Verpflichtungen auch eine Begrenzung künftiger Risiken und die Sicherheit eines systematischen Verfahrens zur Problemlösung mit sich. Die Eurozone ist nicht völlig perfekt, doch es handelt sich um einen viel stabileren und besser abgesicherten Raum als vor der Finanzkrise. Neben den Schutz- und Präventionsmechanismen hat sie eine Bankenunion aufgebaut, eine Vereinigung der Kapitalmärkte ist am Entstehen. Wenn die tschechischen Eliten sagen, die Stabilisierung der Eurozone sei nicht ausreichend, ist die Frage angebracht, unter welchen Bedingungen sie es jemals wäre. Zudem kann niemand garantieren, dass Tschechien in Zukunft nicht selbst einmal finanzieller Unterstützung bedarf. Als Mitglied der Eurozone könnte Tschechien überdies seine liberalen Vorstellungen für deren Entwicklung einbringen, die Position des nördlichen Flügels stärken und vor allem die weite-

re Ausgestaltung der Eurozone beeinflussen. Entscheidend ist, dass die reformierte Eurozone heute ein Raum ist, in dem Vorteile und Risiken geteilt werden. Wenn Tschechien nicht differenziert über den Beitritt reflektiert, sondern in erster Linie nur die Risiken betont, wird dem Land die Zugehörigkeit zum Integrationskern versperrt bleiben.

#### Szenario 2: Stärkung der Beziehungen im Rahmen der Visegrád-Gruppe

Die Tschechische Republik verweist in ihrer EU-Strategie darauf, dass neben Deutschland und Österreich die Staaten der Visegrád-Gruppe wichtige und stabile Partner seien.<sup>31</sup> Gerade die formalisierte Zusammenarbeit mit diesen Ländern betrachtet sie als mögliches Instrument zur effizienten Bildung von Koalitionen in der EU. Namentlich ist die Rede von „gleichgesinnten Staaten“ (Voraussetzung der Existenz gemeinsamer Interessen) und der „Zusammenarbeit mittelgroßer Staaten“ (Voraussetzung ähnlicher geopolitischer Standpunkte). Es ist mithin offensichtlich, dass die tschechische Politik der Region Mitteleuropa und der Fortsetzung der Partnerschaft mit Polen, Ungarn und der Slowakei auch in Zukunft eine vorrangige Rolle einräumen wird. Und zwar ohne Rücksicht auf Deutschland, dessen Führungsrolle in der EU nicht immer positiv wahrgenommen wird, wie die Finanz- und die Migrationskrise anschaulich gezeigt haben. Wenn in Tschechien die Skepsis gegenüber einem erstarkenden Deutschland anhält und die öffentliche Ablehnung der Euro-Einführung nicht überwunden werden kann, erscheint die stärkere Hinwendung zu Visegrád eine perspektivische Variante, wenngleich dies eine Abkehr von den sich schneller integrierenden Staaten und dem Kern der Union bedeuten würde.

Dieses Szenario ist nicht gleichbedeutend mit einer Abkehr von der EU an sich. Die Visegrád-Gruppe agiert eher als eine Formation zur Vertretung spezifischer Interessen innerhalb der Union, keine Regierung dieser Länder stellt jedoch (bisher) die Vorteile der Mitgliedschaft in Frage. Die Migrationskrise hat deutlich gezeigt, dass Visegrád er-

folgreich als Forum für abweichende Positionen fungieren kann, in diesem Fall in der Frage des Umgangs mit Flüchtlingen. Im Allgemeinen würde eine Konzentration auf Visegrád es ermöglichen, die Position der mitteleuropäischen Region bei der Durchsetzung ihrer Interessen zu stärken. Zugleich könnte sich Visegrád als spezifische, abweichende Gruppe innerhalb der EU etablieren. Visegrád versucht mindestens seit der Migrationskrise, und ganz eindeutig schließlich in der Bewältigung der Brexit-Folgen im Rahmen des sog. Bratislava-Prozesses<sup>32</sup> als einheitlicher Repräsentant mitteleuropäischer Interessen aufzutreten.

Innerhalb von Visegrád gibt es ganz offensichtlich eine Reihe gemeinsamer Wesensmerkmale, aus denen Partikularinteressen hervorgehen. Die gemeinsamen Interessen sind nicht allein auf die jüngere Geschichte und die geografische Nähe zurückzuführen, sondern auch auf ähnliche Erfahrungen im wirtschaftlichen Transformationsprozess, im Übergang zur Demokratie und bei der Lösung verwandter Probleme als postkommunistische Länder, sowie allgemein in der Position als immer noch neue und deshalb anders wahrgenommene EU-Mitgliedsstaaten. Diese anhaltenden Unterschiede demonstrierte auch der Brexit, als Themen wie die Freizügigkeit aus den neuen Mitgliedsländern und der britische Beitrag zum EU-Haushalt, verbunden mit Finanztransfers in wirtschaftlich schwächere mitteleuropäische Staaten die britische Kampagne vor dem Referendum dominierten. Die noch immer nicht verarbeitete und oft negativ assoziierte Erfahrung der Erweiterung verstärkte auf beiden Seiten Stereotypen in der Wahrnehmung von alten (EU-15) und neuen Mitgliedsstaaten (EU-13) als zwei verschiedene Entitäten.

Sollte dieser Trend – auch im Kontext einer Vertiefung der Visegrád-Zusammenarbeit – anhalten, würde sich die bereits heute deutlich wahrnehmbare Differenzierung innerhalb der EU verstärken: auf der einen Seite das sich integrierende alte Europa, auf der anderen Seite das abweichende neue

31. Regierung der Tschechischen Republik (2015: 10).

32. Dabei handelt es sich um einen Neubewertungsprozess der der künftigen Aktivitäten der EU im Kontext der krisengeprägten letzten Jahre und der Folgen des Brexit (Migration, innere und äußere Sicherheit, wirtschaftliche und soziale Entwicklung), der auf dem informellen Gipfel der EU in Bratislava am 16. 9. 2016 ins Leben gerufen wurde. Siehe Europäischer Rat (2016a).

Europa, einschließlich der Tschechischen Republik. Mitteleuropa ist bereits heute dadurch gekennzeichnet, dass es nicht zur Eurozone gehört, sich nicht (mit Ausnahme der Slowakei) an der Lösung der Schuldenkrise beteiligt, eine abweichende Position zu Fragen der Migration einnimmt, gemeinsame Ansprüche an den Haushalt der Union stellt und ein Zugehörigkeitsgefühl zur EU weitgehend entbehrt. Einige Analysten verzeichnen in diesem Zusammenhang eine eher technokratische und pragmatische Auffassung der EU-Mitgliedschaft,<sup>33</sup> charakteristisch auch für die tschechische Europapolitik. Falls diese Tendenz fortbestehen sollte, und falls die trennenden Faktoren weiter zunehmen, wäre eine stärkere Hinwendung zu Visegrád die logische Konsequenz.

Die Visegrád-Zusammenarbeit wird (nicht nur) auf tschechischer Seite durch eine zunehmende Politisierung von EU-Angelegenheiten befördert, die mit den krisenhaften Ereignissen der letzten Jahre begonnen hat. Diese Politisierung ist bezeichnenderweise intensiv und die Diskussionen zwischen Befürwortern und Gegnern der europäischen Integration über akzeptable Lösungsansätze bisweilen ausufernd. Ein klassisches Beispiel ist das gesellschaftlich am stärksten rezipierte Thema Migrationskrise, das zur Haupttriebkraft für die abweichende Haltung der mitteleuropäischen Staaten geworden ist. Im Ergebnis führt dies zu einer erheblichen Politisierung der Migrationsfrage, die zur Sicherheitsbedrohung hochstilisiert wird. Dem kontroversen Charakter dieser Stilisierung zum Trotz kann nicht geleugnet werden, dass das Thema Migration von den politischen Eliten wie von der Bevölkerung als verbindendes Element wahrgenommen wird.

Obwohl Momente der Krise grundsätzlich einen kontroversen Charakter besitzen – und hier ist sicher auch der Brexit einzuordnen – verstärken sie die Polarisierung der tschechischen Gesellschaft bedeutend und resultieren häufig in generellen Zweifeln am Sinn der europäischen Integration. Politische Eliten verstärken diese Polarisierung ihrerseits durch ihre defensive und häufig kritische Auffassung europäischer Politik. In der ver-

hältnismäßig euroskeptischen tschechischen Gesellschaft ist dies ein ernsthaftes Problem, das die strategischen Interessen gefährdet, die Tschechien in der Union durchsetzen möchte – die Geschlossenheit der EU und die Bestrebungen, vollwertiges Mitglied zu werden.

Es gibt weitere Faktoren, welche die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass der Brexit Tschechien zur verstärkten Zusammenarbeit mit Partnern in Mitteleuropa motivieren wird. Hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet teilten Tschechien und Großbritannien eine Reihe ähnlicher Standpunkte: den freien Zugang zum Binnenmarkt, die Entfaltung einer gemeinsamen Handelspolitik, eine zurückhaltende Position zur Eurozone. Die Absenz der starken britischen Stimme zwingt Tschechien und weitere wirtschaftsliberale EU-Mitglieder in Mitteleuropa zu einer engeren Zusammenarbeit, um sich Gehör zu verschaffen. Während also Tschechien früher der EU eher pragmatisch gegenübertrat, wird es jetzt zu einer strategischeren Zusammenarbeit und zu einem konsequenteren Durchdenken seiner Position gezwungen sein.

Ohne Rücksicht auf die Ergebnisse der Verhandlungen zeitigt der Brexit jedoch bereits gegenwärtig Auswirkungen, die Mitteleuropa unmittelbar zu spüren bekommt. Ein Beispiel ist die Senkung der Mittel aus den Strukturfonds für neue Mitgliedsstaaten, die notwendig wurde, um den wegfallenden EU-Finanzbeitrag der Briten auszugleichen. Das verstärkt die Tendenz Tschechiens, sich in den Verhandlungen über den künftigen finanziellen Rahmen mehr auf die Durchsetzung gemeinsamer Interessen im Verbund der Visegrád-Gruppe zu konzentrieren. Die tschechische Hinwendung zu Visegrád wird auch von der zu erwartenden voranschreitenden Integration in der Eurozone befördert werden, die den Vertiefungsprozess der Wirtschafts- und Währungsunion vollenden soll.<sup>34</sup> Dabei muss die Slowakei, die bereits mit Euro zahlt, kein Hindernis sein, sondern eher ein wichtiges Bindeglied Visegráds zur Eurozone. Im Übrigen nutzt die tschechische Regierung diese Verbindung dank der privilegierten bilateralen Beziehung zwischen den beiden Ländern bereits heute.

33. Ditrych et al. (2016: 26).

34. Europäische Kommission (2015).

In Anbetracht einer Vertiefung der mitteleuropäischen Zusammenarbeit sind die Wahlergebnisse in einzelnen Mitgliedsländern ein bedeutender Faktor. In erster Linie handelt es sich um die Wahlen in Frankreich und Deutschland, den beiden Schlüsselakteuren der europäischen Integration. Im Falle eines Sieges oder einer wesentlichen Stärkung antieuropäischer Gruppierungen wird es zu einer deutlichen politischen Nationalisierung in der EU und auf zwischenstaatlicher Ebene kommen. Es geht um einen Trend, der in den Mitgliedsstaaten bereits heute zu beobachten ist. Wichtige proeuropäische Parteien fühlen sich genötigt, wenigstens zum Teil Themen der nationalistischen Gruppierungen zu übernehmen (Front National in Frankreich, Alternative für Deutschland, Partei für die Freiheit in Holland, Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, Wahre Finnen in Finnland oder Freiheitliche Partei Österreichs), um mit ihnen in Wahlen konkurrieren zu können und so die Bedürfnisse großer Bevölkerungsteile im Blick auf Themen wie nationale Souveränität, Migration, kulturelle Werte oder Globalisierungsfolgen zu befriedigen. Auch in Tschechien werden solche Themen übernommen, obwohl hier keine derart starken antieuropäischen Gruppierungen wie in Westeuropa entstanden sind. Die Unmöglichkeit beziehungsweise Weigerung im Fall von siegreichen antieuropäischen Kräften mit der Integration fortzufahren, kann Tschechien mithin dazu zwingen, die mitteleuropäische Integrationsplattform weiterzuentwickeln. Dies wäre indes zugleich eine negative Antwort auf die Grundsatzfrage, ob das Land nicht nur ideal, sondern auch in der Praxis der Zusammenarbeit im Kern der Union zustimmen sollte.

Die Hinwendung zu Visegrád birgt indes Risiken. Dem Bündnis fehlt in den meisten Bereichen die Kraft, die Agenda der Union zu blockieren. Da sie im Rat über keine qualifizierte Mehrheit verfügt, kann sie im besten Fall nachdrücklicher auf andere Interessen aufmerksam machen. Offensichtlich plädieren die Visegrád-Staaten auch deshalb für eine breitere Entscheidungsfindung im Europäischen Rat, wo bislang Einstimmigkeit verlangt wird, und für eine Rückkehr von Befugnissen auf die nationale Ebene. Deutliche Diskrepanzen mit den Grundwerten der EU auf Seiten der illiberalen Regierun-

gen Polens und Ungarns<sup>35</sup> betonen zusätzlich die seit der Migrationskrise entstandene Distanz zwischen Mitteleuropa und dem Integrationskern.

Im Hinblick auf die kritische Wahrnehmung dieser Regierungen birgt der Visegrád-Zusammenschluss für Tschechien die Gefahr, dass sie auf die gesamte Gruppe übertragen wird – mit möglichen Auswirkungen auf deren Position innerhalb der EU bis hin zu einer gewissen Isolation. Die weltanschaulichen Standpunkte der nationalkonservativen Regierungen Polens und Ungarns wie auch das Plädoyer für eine radikale Veränderung der EU durch eine „kulturelle Konterrevolution“ und die Kritik an der deutschen Rolle in der EU<sup>36</sup> stehen im Widerspruch zur erklärten Pro-EU-Position der Tschechischen Republik. Nichtsdestoweniger kann sie eine gewisse Vermittlerrolle zwischen diesen Staaten und dem Rest der EU ausüben.

In diesem Zusammenhang ist es allerdings offensichtlich, dass sich auch die tschechische Politik angesichts der Veränderungen des internationalen Umfelds in der EU nationalisiert. Ihre Solidarität im Rahmen der EU hat klare Grenzen (siehe Schulden- sowie Migrationskrise) und trägt zur Erneuerung einer Trennlinie zwischen Ost und West bei.<sup>37</sup> Als unmittelbarer Identifikationsraum kommt die Visegrád-Gruppe dieser Wahrnehmung entgegen und bietet eine Alternative zur Unfähigkeit, sich dem Integrationskern der EU anzuschließen. Es bestehen mithin relevante Gründe für die Prognose, dass künftige tschechische Regierungen diesen Kurs weiter verfolgen werden, sofern es nicht zu einer wesentlichen Mobilisierung der politischen Eliten und der Öffentlichkeit kommt.

### Szenario 3: Austritt aus der Europäischen Union – Czexit

Die Alternative eines tschechischen EU-Austritts ist angesichts der Präferenzen der tschechischen

35. Charakteristisch für das politische Modell der illiberalen (unfreien) Demokratie sind die Kontrolle öffentlicher Medien, die Schwächung der Justiz, Bemühungen zur Ausschaltung der Opposition und die Verstaatlichung von Schlüsselbranchen.

36. Foy, Buckley (2016).

37. Vgl. Kořan et al. (2016: 58).

Politik ein schwarzes Szenario. Allerdings hat der Brexit dieses Thema auf ein neues Niveau gehoben und Probleme in den Blick gerückt: die Legitimität der EU, Auswirkungen der Globalisierung auf verschiedene Gruppen, die nicht verarbeitete Osterweiterung und das öffentliche Vertrauen in die EU. Der Brexit hat den bisherigen Konsens über die Vorteile und den Sinn der europäischen Integration in Frage gestellt, nationalistische Tendenzen verstärkt, die öffentliche Meinung polarisiert und etliche Interessengruppen radikalisiert. Euroskeptische Gruppierungen in verschiedenen Mitgliedsstaaten machen sich diese Probleme zu Nutze und haben keine geringen Chancen auf durchschlagende Wahlerfolge. Diese Faktoren verstärken separatistische Tendenzen in Tschechien und weiteren europäischen Staaten.

Obwohl die EU aus der Perspektive Tschechiens ohne Alternative ist, stellt die (bislang hypothetische) Möglichkeit eines EU-Austritts für die weitere Entwicklung ein nicht ausschließlich abstraktes Szenario dar. Mehrere Voraussetzungen müssten dazu eintreten. Erstens müsste zum ersten Mal seit dem Beitritt zur EU eine vertiefte öffentliche Diskussion darüber einsetzen, was die Mitgliedschaft Tschechien eigentlich bringt und welche Auswirkungen sie hat. Zweitens müsste unter den Tschechen die kritische Haltung zur EU und zur eigenen Mitgliedschaft erheblich zunehmen. Die dritte Voraussetzung für eine Veränderung der Wählerpräferenzen wären das weitere Erstarken euroskeptischer Kräfte in Europa, Krisenmomente in der EU und ein Dissens unter den Mitgliedsstaaten.

Seit dem EU-Beitritt wurde die Mitgliedschaft – trotz gelegentlicher kritischer Stimmen – im Allgemeinen automatisch als vorteilhaft betrachtet, was sich jetzt zu ändern beginnt. Erst jetzt rufen sich Teile der politischen Eliten und die Öffentlichkeit allmählich ins Bewusstsein, welche Entscheidungsmechanismen in der EU überhaupt existieren. Ein typisches Beispiel ist die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat der EU, wo ein Mitgliedsstaat überstimmt werden kann, wie es der Tschechischen Republik bei der Abstimmung über Flüchtlingsquoten 2015 passiert ist. Die Kritik an einer mangelnden Handlungsfähigkeit

der EU – begründet im Bestreben einen größtmöglichen und für alle Seiten annehmbaren Kompromiss zu finden – gipfelte in dem Vorwurf, dieses angeblich ungerecht konfigurierte System würde tschechische Interessen verletzen.

Das Beispiel illustriert symbolisch den paradoxen Charakter der ganzen Debatte – ist doch die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit gerade ein Instrument zur Effektivierung der Entscheidungsprozesse. Zugleich offenbart sich darin die spürbare Politisierung europäischer Fragen, die allerdings nicht durch ein plötzlich erwachtes Interesse an der EU-Politik hervorgerufen wurde, sondern durch die Krisen der letzten Jahre. Der Brexit, der an sich schon zumindest eine vorübergehende Destabilisierung der EU bedeutet, stärkt die nationalistische Rhetorik genauso wie kulturell definierte Argumente, die auf einem idealisierten Verständnis von nationaler Souveränität beruhen. Zugleich durchläuft die liberale Demokratie eine tiefe Identitätskrise, die mit separatistischen Tendenzen verbunden ist.

Obwohl in Tschechien bislang keine grundsätzliche Abgrenzung gegenüber dem Modell der liberalen Demokratie stattfindet, ist es deutlich, dass die genannten Ereignisse auch die tschechische Politik stark beeinflussen. Im Bemühen, eine Zunahme fremdenfeindlicher, antieuropäischer und gegen die EU gerichteter Strömungen einzudämmen und die euroskeptische Stimmung der Öffentlichkeit zu reflektieren, sehen sich tschechische Mainstream-Parteien (die antieuropäische Kommunistische Partei für Böhmen und Mähren KSČM, das traditionell euro-skeptische Bürgerforum ODS, aber sogar die formal proeuropäische sozialdemokratische Partei ČSSD) genötigt, ausgeprägt kritische Positionen gegenüber der EU zu beziehen. Die Tatsache, dass der Cexit ein Thema ist, über das man zu reden beginnt, bedeutet, dass diese Positionen zumindest in einem Teil der Öffentlichkeit Widerhall finden.<sup>38</sup> Die Tschechen gehören – neben Schweden, Briten und Dänen – zu den Ländern, die ihre Mitgliedschaft in der EU

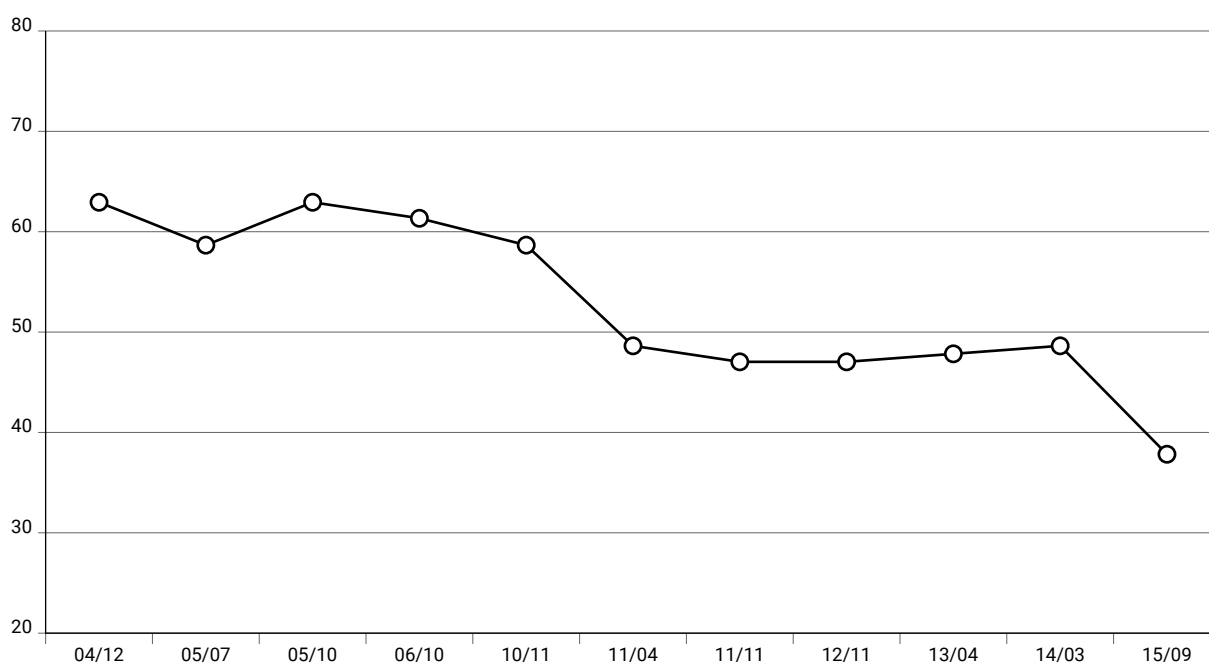
38. Diese Befürchtungen zeigten sich bereits vor dem Brexit bei einem Teil der politischen Eliten. Siehe Palmeri, T.; Day, K. (2016).



am wenigsten positiv bewerten.<sup>39</sup> Damit bestätigt sich ein Langzeittrend in der Haltung der tschechischen Öffentlichkeit, der durch die jüngsten krisenhaften Ereignisse noch vertieft wurde. Das geringe Maß an Zufriedenheit mit der EU-Mitgliedschaft korrespondiert deutlich mit dem geringen Anteil von Befürwortern der tschechischen Mitgliedschaft.<sup>40</sup>

die in Tschechien bislang reichlich zersplittert sind (es handelt sich um die Nachfolger der zerfallenen Partei „Morgenröte der direkten Demokratie“ von Tomio Okamura), müsste notwendigerweise eine parlamentarische Mehrheit gefunden sowie eine breite Koalition gebildet werden, um ein Gesetz über ein Referendum durchzusetzen. Der zweite Faktor ist die Abstimmung selbst. Trotz eines

Grafik 2: Antwort auf die Frage, ob Tschechen für einen Beitritt zur EU stimmen würden, wenn ein erneutes Referendum stattfinden würde (Anteil der Antworten „auf jeden Fall ja“ und „eher ja“ in % im Zeitraum 2004-2015)



Quelle: STEM (2015).

Ein EU-Austritt wird im tschechischen Kontext von zwei Schlüsselfaktoren bestimmt, die in Diskussionen über einen Cexit beachtet werden müssen. Der erste ist die tatsächliche politische Macht, ein Referendum über den Austritt durchzusetzen. Auch wenn von tschechischer Seite Stimmen zu hören sind, die für die Ausrufung eines Referendums eintreten, ist die Mehrheit der relevanten politischen Parteien eindeutig gegen einen Austritt aus der EU. Selbst bei einer bedeutenden Stärkung antieuropäischer Gruppierungen,

wachsenden Euroskeptizismus ist nicht sicher, ob die Wähler tatsächlich für einen Austritt stimmen würden. Der Ausgang von Referenden über die europäische Integration ist allgemein sehr schwer zu prognostizieren und die britische Situation war sehr spezifisch.<sup>41</sup>

Andererseits wird das Risiko eines EU-Austritts allein durch die Ausrufung eines Referendums bedeutend erhöht. Die Erfahrung mit dem britischen Referendum ist in diesem Zusammenhang sehr aussagekräftig. Die Briten befürworteten den Aus-

39. Lord Ashcroft KCMG PC (2016).

40. STEM (2015).

41. Für den breiteren europäischen Kontext vgl. Hobolt (2016: 13).



tritt trotz der gegensätzlichen Position aller relevanten politischen Parteien und der wesentlichen Interessengruppen. Tschechien ist wie Großbritannien geprägt von einer euroskeptischen öffentlichen Meinung, die sich angesichts der Haltung politischer Eliten (siehe die beiden letzten Präsidenten) und der jüngsten Ereignisse in der EU bedeutend vertieft hat. Der Brexit ist in dieser Hinsicht ein Präzedenzfall, den zu unterschätzen ein Fehler wäre. Der Czexit könnte in ein wesentlich realistischeres Szenario übergehen, wenn Faktoren zusammentreffen, die sich potentiell gegenseitig verstärken – etwa eine anhaltende Unfähigkeit der Union, aktuelle Herausforderungen zu bewältigen, eine abnehmende Unterstützung für die europäische Integration oder eine etwaige Ausrufung von weiteren Austrittsreferenden in einigen Mitgliedsstaaten.

Beim Nachdenken über den Czexit ist es wichtig, die Auswirkungen zu berücksichtigen, die ein solcher Schritt nach sich ziehen würde, und dies sowohl in ökonomischer wie in politischer Hinsicht. Die britische und die tschechische Position sind nicht vergleichbar. Auch wenn sich die Analysen hinsichtlich der tatsächlichen Auswirkungen des Brexit unterscheiden, ist die britische Lage einzigartig. Großbritannien ist ein großer europäischer Staat mit historischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verbindungen zur Außenwelt. Es verkörpert sowohl eine „harte“ als auch eine „weiche“ europäische Macht. Wirtschaftliche Verluste kann Großbritannien zumindest zum Teil auf Drittmärkten kompensieren. Aufgrund einer Reihe von Ausnahmen und ausgehandelten Zugeständnissen war die Position des Landes in der EU eine besondere. Für das mit der EU wirtschaftlich eng verbundene Tschechien, die für das Land eine lebenswichtige politische Entität darstellt, gilt dies nicht einmal annähernd. Unter dem Aspekt einer Destabilisierung der Wirtschaft hätte der Czexit tiefgreifende Folgen (die abhängig vom gewählten Präferenzregime des Austritts variieren können):<sup>42</sup> von einer Abwertung der tschechischen Währung über eine Abschwächung der Konjunktur, einem zu erwartenden Anstieg der Arbeitslosigkeit bis zu

einer Verringerung von Auslandsinvestitionen und einem Rückgang des BIP. Einen nicht geringen Anteil am Anstieg des tschechischen BIP machen auch Zuwendungen aus den europäischen Strukturfonds aus, die eine wichtige Quelle für finanzielle Investitionen darstellen. Auch seine zentrale geografische Lage bringt Tschechien in eine andere Situation als die Briten – sie ist ein wichtiger Faktor für die Intensität und die Entwicklung des Außenhandels im Rahmen der EU. Tschechien als kleiner Staat würde nach einem Czexit zu einem wirtschaftlich wesentlich schwächeren Akteur als heute, wo es durch die EU internationale Handelsabkommen abschließt. Die Aushandlung eventueller Präferenzhandelsabkommen mit der EU selbst stellt eine große Unbekannte dar, denn sie wäre an Möglichkeiten und Bedingungen geknüpft, unter denen die EU bereit wäre, einem solchen Modell zuzustimmen.

Aus politischer Sicht verlöre Tschechien einen Teil seines Einflusses in der internationalen Politik und in Europa, denn die EU-Mitgliedschaft kleiner Staaten verstärkt selbstverständlich deren Einfluss. Ein möglicher Austritt mehrerer Mitgliedsstaaten würde diesen Verlust natürlich relativieren, denn das würde eine Fragmentierung und Destabilisierung bedeuten und käme einem Zerfall der EU gleich. Bedroht wäre aber auch die Visegrád-Zusammenarbeit, die heute eine bedeutende Plattform innerhalb der EU bildet, denn es ist unwahrscheinlich, dass die weiteren Staaten des mitteleuropäischen Bündnisses gleichzeitig einen solchen Schritt gehen würden. Ein Czexit würde auch nicht die Probleme lösen, welche die tschechische Gesellschaft beschäftigen – hauptsächlich der Beitritt zur Eurozone und die Haltung zur Migration. Im Hinblick auf das erste Thema würde die formale Verpflichtung zur Einführung des Euro entfallen, die auf praktischer Ebene von der politischen Entscheidung der tschechischen Regierung abhängt. Angesichts der intensiven Handelsbeziehungen würde die Eurozone die wirtschaftlichen Akteure nach wie vor stark beeinflussen. In der Migrationsfrage sind die aktuellen Verbindungen zur Union enger. Ihre Lösung ist jedoch von der Kooperation der Mitgliedsstaaten abhängig, denn die Optionen Brüssels sind in dieser Hinsicht begrenzt. Als von Mitgliedsstaaten umgebenes Land wäre Tsche-

42. Für eine knappe Übersicht möglicher Präferenzregime nach dem Czexit siehe Kovanda (2016).

chien gezwungen, auch außerhalb der EU-Strukturen intensiv mit ihr zusammenzuarbeiten. Es ist mithin überaus zweifelhaft, ob die Tschechische Republik als eigenständiger Akteur fähig wäre, effiziente Lösungen zu finden und zu realisieren.

#### 4. Schlussfolgerung – wie weiter?

Die These, der Brexit beeinflusse die Funktionsweise und die Weiterentwicklung der EU grundlegend, ist keine Übertreibung, sondern eine treffende Einschätzung der Folgen dieser Veränderung. Diese manifestieren sich auf vielen Ebenen. Der Brexit wirkt sich nicht nur auf die Kräfteverteilung in der EU aus, sondern beeinflusst auch die Akzentuierung einzelner Politikbereiche einschließlich der Haushaltsregeln. Er veranlasst die Union zu einem vertieften Nachdenken über die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses, zu Erwägungen über ihre eigene Transformation und liefert einen bedeutenden Anstoß, die Grundlagenverträge zu ändern. Die Tschechische Republik und die anderen Mitgliedsstaaten zwingen die Auswirkungen des Brexit zu einer Reflexion, wie diese Veränderung mit ihren eigenen Interessen, Strategien und Visionen im Rahmen der EU koordiniert werden kann und muss.

Wie aus den vorgestellten Szenarien ersichtlich, hat der Brexit die tschechische Position komplizierter gemacht. Er erhöht den Druck, die erklärten Interessen mit der tatsächlichen Europapolitik in Einklang zu bringen – ein langjähriges Problem der tschechischen Politik. In Anbetracht des tschechischen EU-Konzepts und des außenpolitischen Programms der Regierung, ist eine deutliche Diskrepanz zwischen den tschechischen Prioritäten und der tatsächlichen Position Tschechiens in der EU zu erkennen. Hauptproblem sind die fehlenden Bestrebungen, sich dem Integrationskern anzunähern. Wichtige Entscheidungen werden auf die lange Bank geschoben, vor allem der Beitritt zur Eurozone. Die tschechische Politik leitet nicht die proklamierte proeuropäische Wende ein, sondern befördert im Gegenteil die Spaltung der EU in einen östlichen und einen westlichen Flügel. Die teilweise Abgrenzung gegenüber der EU trägt zu einer immer stärkeren Anti-EU-Haltung in der

Öffentlichkeit bei. Mit dieser Haltung reiht sich Tschechien unter die euroskeptischsten Staaten in der Union ein, die sogar im Zusammenhang mit einem möglichen weiteren Exit genannt werden. Vor dem Hintergrund, dass in der Tschechischen Republik keine einzige bedeutende antieuropäische politische Gruppierung existiert, ist dies eine paradoxe Situation.

Der Brexit bietet die Chance zum Neustart einer Diskussion über eine verständliche und aktive tschechische Politik in der EU. Deshalb sollte die tschechische Regierung ihr EU-Handlungskonzept aktualisieren, denn durch den Brexit hat sich das internationale Umfeld, in dem sie agiert, abermals verändert. Diese aktualisierte Konzeption sollte auch eine klare Reaktion auf das Weißbuch der Europäischen Kommission beinhalten, das zum ersten Mal in der Geschichte mögliche Szenarien und Strategien für die Weiterentwicklung der EU vorgestellt hat. Im Wesentlichen geht es um eine Antwort auf die Frage, welchen Weg die Union gehen sollte und wie Tschechien dazu beitragen will. Wenn Tschechien weiß, was es will und welche Interessen es verfolgt, kann es die Politik in der EU auch beeinflussen. Dies verlangt einen Abschied von der ineffektiven, abwartenden Position und die Entwicklung von Post-Brexit-Visionen – andernfalls ist der Fortbestand der EU in Frage gestellt.

Entscheidend ist, die Haltung zur Eurozone zu klären und über ein Ende der Situation nachzudenken, in dem sich die Länder außerhalb der Eurozone immer weiter vom Schlüsselspieler entfernen. Das ist umso notwendiger, wenn Tschechien weiter anstrebt, zum europäischen Kern zu gehören und den Entscheidungen innerhalb der EU so nahe wie möglich zu sein, denn die Eurozone wird das Zentrum der weiteren Integration sein. Zu einer Zeit, in der eine strategische politische Diskussion über die künftige Ausrichtung der EU geführt wird, ist dies besonders wichtig. Alle Schritte, die Tschechien gehen muss, um eine weitere Entfernung der Eurozone vom Rest der Union zu verhindern (insbesondere der Einfluss der Integration des Euroraumes auf die Unversehrtheit des Binnenmarktes) erfordern derartige politische Anstrengungen und ein solch starkes Engagement, dass es we-

sentlich effektiver wäre, sich der Eurozone anzuschließen. Damit würde zum einen das Problem obsolet, auf kompliziertem Weg Beziehungen zu deren Mitgliedern herstellen zu müssen. Zugleich wäre Tschechien in der Lage, unmittelbar und nicht umständlich und durch Mittler die weitere Entwicklung in der Eurozone zu beeinflussen.

Dabei erklärt Tschechien selbst, dass es ohne diesen Schritt nicht die volle Wirksamkeit einer Mitgliedschaft erlangen kann. Bedingung dafür wäre indes eine tatsächliche Annäherung, die eine aktive öffentliche Diskussion über die Auswirkungen und Folgen einer Einführung des Euro beinhaltet. Die Eurozone bedeutet nicht nur Risiken, sondern auch Vorteile, und sie bietet die Gelegenheit, beide auf Mitgliedsebene zu beeinflussen. Diese Aspekte thematisiert Tschechien im Rahmen der öffentlichen Diskussion praktisch nicht, beziehungsweise betont vor allem die Risiken. Deshalb kann Tschechien in diesem Fall keine Unterstützung der Öffentlichkeit für einen Aufschub erwarten, der seinen strategischen Interessen entspricht. Die Öffentlichkeit kann nicht überzeugt von etwas sein, wenn die Regierung keine ausreichenden Informationen darüber zur Verfügung stellt und keinen Raum für die wechselseitige Kommunikation schafft. Dabei wäre es sehr wahrscheinlich, dass sich eben diese Haltung herausbilden würde, wenn statt einer formal proklamierten tatsächlich eine öffentliche Diskussion geführt würde und die Menschen über die Auswirkungen der Euro-Einführung informiert wären. Dies gilt umso mehr, wenn in der tschechischen Öffentlichkeit nicht nur die politischen Eliten aktiv wären, die diesen Schritt ablehnen, sondern auch jene, die den Beitritt zur Eurozone propagieren.

Im Interesse einer Verbesserung seiner Position in Mitteleuropa sollte Tschechien seine partnerschaftlichen Beziehungen zu Deutschland intensivieren, als dem europäischen Schlüsselakteur, der in der neuen Architektur der EU eine bedeutende Rolle spielen wird. Das wäre auch deshalb vorteilhaft, weil Deutschland sich seiner Führungsrolle nur sehr vorsichtig stellt und konstruktive Verbündete brauchen wird. Ein solches Bündnis entspricht zugleich dem strategischen Ziel der tschechischen Europapolitik, dem Integrationskern der

EU so nah wie möglich zu kommen. Dieser Akzent bedeutet nicht notwendig, die Bindungen zu den anderen mitteleuropäischen Staaten abzureißen, sondern sie auf der Basis einer funktionierenden Zusammenarbeit fortzuführen. Eine starke Fixierung auf die Visegrád-Gruppe und deren Abgrenzung gegenüber dem Rest der EU birgt das Risiko, dass sich die Trennlinien innerhalb der Union vertiefen und die Länder Mittel- und Osteuropas sich als spezifische und wenig verständliche Entitäten etablieren. Vor einer solchen Position sollte sich Tschechien hüten. Die tschechische Politik sollte einen proaktiven Ansatz verfolgen, der konstruktive Lösungen sucht und bietet, Raum für politische Diskussionen schafft und eine Vertiefung der Unterschiede zwischen dem Westen und dem Osten der EU verhindert.

## Literatur

- Außenministerium der Tschechischen Republik (2015):** Konzeption der Außenpolitik der Tschechischen Republik. Siehe: [http://www.mzv.cz/file/1565920/Koncepce\\_zahranicni\\_politiky\\_CR.pdf](http://www.mzv.cz/file/1565920/Koncepce_zahranicni_politiky_CR.pdf).
- Außenministerium der Tschechischen Republik (2016):** Der Austritt Großbritanniens aus der EU – Analyse ausgewählter rechtlicher Aspekte (erschienen in tschech. Sprache). Siehe: [http://www.mzv.cz/file/2017983/brexit\\_pravni\\_analyza.pdf](http://www.mzv.cz/file/2017983/brexit_pravni_analyza.pdf).
- Bernstein, S.; Lebow, R. N.; Gross Stein, J.; Weber, S. (2000):** God Gave Physics the Easy Problems: Adapting Social Science to an Unpredictable World. *European Journal of International Relations*, Vol. 6, No. 1, S. 43-76.
- CBS (2016):** Netherlands largest net contributor EU this century. Siehe: <https://www.cbs.nl/en-gb/news/2016/50/netherlands-largest-net-contributor-eu-this-century>.
- Ditrych, O. (2012):** Szenarien als Methode in den internationalen Beziehungen (erschienen in tschech. Sprache). *Internationale Beziehungen*, Bd. 47 (2012). Siehe: <https://mv.iir.cz/article/view/714>.
- Ditrych, O. et al. (2016):** Szenarien zur Entwicklung des internationalen Sicherheitsumfelds (erschienen in tschech. Sprache) (2017). Prag: Institut für internationale Beziehungen. Siehe: [http://www.dokumenty-iir.cz/Scenare/Scenare\\_2017.pdf](http://www.dokumenty-iir.cz/Scenare/Scenare_2017.pdf).
- Europäische Kommission (2015):** Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden: Bericht der fünf Präsidenten. Siehe: <http://www.consilium.europa.eu/de/policies/emu-report-2015/>.
- Europäische Kommission (2015a):** Completing Europe's Economic and Monetary Union. Siehe: [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/5-presidents-report\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/5-presidents-report_en.pdf).
- Europäische Kommission (2015b):** Introduction of the Euro in the Member States That Have Not Yet Adopted the Common Currency. Flash Eurobarometer 418. Siehe: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl\\_418\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_418_en.pdf).
- Europäische Kommission (2017):** White Paper on the Future of Europe. Siehe: [https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/whitepaper\\_en.pdf](https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/whitepaper_en.pdf).
- Europäischer Rat (2016a):** Erklärung von Bratislava und Bratislava-Fahrplan. Siehe: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/09/16-bratislava-declaration-and-roadmap/>.
- Europäischer Rat (2016b):** Tagung des Europäischen Rates vom 18. und 19. Februar 2016 – Schlussfolgerungen. Siehe: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/02/19-euco-conclusions/>.
- Finanzministerium der Tschechischen Republik, Tschechische Nationalbank (2016):** Bewertung der Erfüllung der Maastrichter Konvergenzkriterien und Abstimmungsgrad der Tschechischen Republik mit der Eurozone (erschienen in tschech. Sprache). Siehe: <http://www.mfcr.cz/cs/zahranicni-sektor/pristoupeni-cr-k-eurozone/maastrichtska-kriteria-a-sladenost-cr/2016/vyhodnoceni-plneni-maastrichtskych-konve-26919>.
- Foy, H., Buckley, N. (2016):** Orban and Kaczynski vow 'cultural counter-revolution' to reform EU. *Financial Times*. Siehe: <https://www.ft.com/content/e825f7f4-74a3-11e6-bf48-b372cdb1043a>.
- Glenn, J.; Gordon, T. (2009):** *Future Research Methodology*. Version 3.0. Washington: Millenium Project.
- Hobolt, S. B. (2016):** The Brexit vote: a divided nation, a divided continent. *Journal of European Public Policy*, Vol 23 (2016).
- Ipsos (2017):** Tschechen vertrauen dem Euro am meisten und sind konservativ im Umgang mit Fremdwährungen (erschienen in tschech. Sprache). Siehe: [http://www.ipsos.cz/public/media/tiskove\\_zpravy/Tiskov%C3%A1%20zpr%C3%A1va%20Ipsos\\_13\\_03\\_2017.pdf](http://www.ipsos.cz/public/media/tiskove_zpravy/Tiskov%C3%A1%20zpr%C3%A1va%20Ipsos_13_03_2017.pdf).
- Konzeptentwurf zur Ausrichtung der Tschechischen Republik im Rahmen der EU 2004** (erschienen in tschech. Sprache), Aktionsstrategie 2013, Konzeption 2015
- Kořan, M. et al. (2016):** Tschechische Außenpolitik im Jahr 2015 (erschienen in tschech. Sprache). Prag: Institut für internationale Beziehungen.
- Kovanda, L. (2016):** Was wird nach einem Czexit passieren? 5 Szenarien (erschienen in tschech. Sprache). *Roklen 24*. Siehe: <http://roklen24.cz/a/iC4BD/co-se-bude-dit-po-czexitu-5-scenaru>.
- Kruliš, K. (2016):** Die Tschechische Republik und die Eurozone in der Zeit nach dem Brexit (erschienen in tschech. Sprache). Assoziation für internationale Fragen. Briefing paper 17. Siehe: [http://www.amo.cz/wp-content/uploads/2016/09/AMO\\_Ceska-republika-a-eurozona-v-dobe-po-Brexitu.pdf](http://www.amo.cz/wp-content/uploads/2016/09/AMO_Ceska-republika-a-eurozona-v-dobe-po-Brexitu.pdf).
- Lissabon-Vertrag (2008):** Konsolidierter Text des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Funktionsweise der Europäischen Union (erschienen in tschech. Sprache). Prag: Tschechisches Regierungsamt.
- Lord Ashcroft KCMG PC (2016):** You Should Hear What They Say About You... Siehe: <http://lordashcroftpolls.com/wp-content/uploads/2016/02/LORD-ASHCROFT-POLLS-You-Should-Hear-What-They-Say-About-You-EU28-Poll-Report-Feb-2016.pdf>.
- Maurice, E. (2017a):** Hollande: EU will be multi-speed or will 'explode'. *Euobserver* 6 March. Siehe: <https://euobserver.com/institutional/137118>.
- Maurice, E. (2017b):** Theresa May outlines 'hard Brexit'. *Euobserver* 17 January. Siehe: <https://euobserver.com/uk-referendum/136569>.
- Německý, M. (2016):** Die Tschechische Republik in der Europäischen Union – Was die Bürger erwarten und was sie befürchten (erschienen in tschech. Sprache). Prag: Friedrich-Ebert-Stiftung.

## Literatur

**Palmeri, T.; Day, K. (2016):** Brexit 'could lead to Czexit'. Politico. Siehe: <http://www.politico.eu/article/brexit-could-lead-to-czexit-tomas-prouza/>.

**Regierung der Tschechischen Republik (2014):** Regierungserklärung der Tschechischen Republik (erschieden in tschech. Sprache). Siehe: [https://www.vlada.cz/assets/media-centrum/dulezite-dokumenty/programove-prohlaseni\\_unor\\_2014.pdf](https://www.vlada.cz/assets/media-centrum/dulezite-dokumenty/programove-prohlaseni_unor_2014.pdf).

**Regierung der Tschechischen Republik (2015):** Konzeption der Politik der ČR in der EU (erschieden in tschech. Sprache). Siehe: <https://www.vlada.cz/assets/media-centrum/aktualne/Koncepce-politiky-CR-v-EU.pdf>.

**Regierung der Tschechischen Republik (2016):** Im Regierungsamt trat zum ersten Mal die Arbeitsgruppe zum Brexit und zur EU-Reform zusammen (erschieden in tschech. Sprache). Siehe: <https://www.vlada.cz/cz/media-centrum/aktualne/na-uradu-vlady-poprve-zasedala-pracovni-skupina-pro-brexit-a-reformu-eu-146873/>.

**Regierung der Tschechischen Republik (2017):** Erklärung der Vorsitzenden der Parlamentsparteien zu den Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (erschieden in tschech. Sprache). Siehe: <https://www.vlada.cz/assets/media-centrum/aktualne/Spolecne-prohlaseni-k-brexitu.pdf>.

**STEM (2015):** Informationen zur Umfrage STEM Trendy 9/2015 (erschieden in tschech. Sprache). Siehe: [https://www.stem.cz/wp-content/uploads/2015/12/3080\\_1829.pdf](https://www.stem.cz/wp-content/uploads/2015/12/3080_1829.pdf).

**The Supreme Court (2017):** Judgment given on 24 January 2017. Siehe: <https://www.supremecourt.uk/cases/docs/uksc-2016-0196-judgment.pdf>.

**Tschechische Nationalbank (undatiert):** Interventionen der ČNB zum Wechselkursziel (erschieden in tschech. Sprache). Siehe: [https://www.cnb.cz/cs/faq/kurzovy\\_zavazek.html](https://www.cnb.cz/cs/faq/kurzovy_zavazek.html).

**Zalan, E. (2017):** EU's big four back 'multi-speed' Europe. Euobserver 7 March. Siehe: <https://euobserver.com/news/137134>.

**Zentrum für Meinungsforschung (2016):** Bürger der ČR über die Zukunft der EU und die Einführung des Euro (erschieden in tschech. Sprache). Prag: Institut für Soziologie AV ČR. Siehe: [http://cvvm.soc.cas.cz/media/com\\_form2content/documents/c1/a7556/f3/pm160504.pdf](http://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c1/a7556/f3/pm160504.pdf)

## Über den Autor

**PhDr. Zdeněk Sychra, Ph.D.** arbeitet an der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Masaryk-Universität in Brunn. Er beschäftigt sich mit der europäischen Integration und mit der Analyse der europäischen Politik.

Übersetzung  
Werner Imhof

Lektorat  
Annette Kraus

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., zastoupení v České republice  
Zborovská 716/27 | 150 00 Praha 5  
[www.fesprag.cz](http://www.fesprag.cz)

Verantwortlich:  
Kateřina Boťová  
Tel: +420 224 946 484 | Fax: +420 224 948 091

Bestellungen:  
[fes@fesprag.cz](mailto:fes@fesprag.cz)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

SYCHRA, Zdeněk: Auswirkungen des Brexit auf die tschechische Politik gegenüber der Europäischen Union.  
1. vyd. Praha, Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., zastoupení v České republice 2017.

**ISBN 978-80-87748-40-4**